

Nick Srnicek & Alex Williams
Die Zukunft erfinden

Nick Srnicek und Alex Williams sind die Verfasser von »#Accelerate. Manifest für eine akzelerationistische Politik«, das viele Diskussionen über die Linke hinaus ausgelöst hat. In ihrem neuen Buch versuchen sie, ihren Ideen, den Kapitalismus mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen und seinen Zusammenbruch herbeizuführen, eine theoretische Grundlage zu verleihen.

Das »Manifest« ist in dem von Armen Avanessian herausgegebenen Buch »#Akzeleration« (Merve) erschienen.

Titel der Originalausgabe: »Inventing the Future: Postcapitalism and a world without work«, Verso, London 2015.

Copyright © Nick Srnicek & Alex Williams, 2015

Edition

TIAMAT

Deutsche Erstveröffentlichung

Herausgeber:

Klaus Bittermann

1. Auflage: Berlin 2016

© Verlag Klaus Bittermann

www.edition-tiamat.de

Covergestaltung: Felder Kölnberlin Grafikdesign

ISBN: 978-3-89320-209-6

**Nick Srnicek
Alex Williams**

Die Zukunft erfinden

**Postkapitalismus und eine Welt
ohne Arbeit**

**Aus dem Englischen von
Thomas Atzert**



**Critica
Diabolis
236**

**Edition
TIAMAT**

Inhalt

Einleitung – 7

1. Unser politischer Common Sense: Folk-Politik –13

2. Eine Kritik der Linken heute – 45

3. Die Machart neoliberaler Hegemonie – 87

4. Linke Moderne – 115

5. Die Zukunft arbeitet nicht – 139

6. Nach der Arbeitsgesellschaft – 175

7. Ein neuer Common Sense – 211

8. Macht aufbauen – 253

Schluss – 287

Anmerkungen – 301

Danksagung – 378

Register – 379

Einleitung

Wo ist die Zukunft geblieben? Beinahe das gesamte 20. Jahrhundert hindurch waren unsere Phantasien von ihr beherrscht: Emanzipatorische Entwürfe aller Art bildeten den politischen Horizont der Linken, und oft verband sich in ihnen die Vorstellung demokratischer politischer Macht mit Visionen vom befreienden Potential der Technologie. Von den Verheißungen einer Welt der Muße bis zum sowjetischen kosmischen Kommunismus, vom afrofuturistischen Zelebrieren des synthetischen und diasporischen Charakters schwarzer Kultur bis zu den Post-Gender-Entwürfen des radikalen Feminismus imaginierten die in der Linken populären Erzählungen gesellschaftliche Verhältnisse, die alles, was wir heute erträumen, in den Schatten stellen.¹

Eine öffentliche politische Kontrolle neuer Technologien sollte die Welt zum Besseren wenden. Heute nun erscheint die Verwirklichung solcher Träume tatsächlich in greifbare Nähe gerückt. Die technologische Infrastruktur des 21. Jahrhunderts stellt Ressourcen bereit, mit denen sich grundlegend andere politische und ökonomische Verhältnisse realisieren ließen. Maschinen erledigen Aufgaben, deren Automatisierung noch vor einem Jahrzehnt undenkbar erschien. Das Internet und die sozialen Medien geben Milliarden Menschen eine Stimme, die bislang zu schweigen gezwungen waren, und bringen so

die Möglichkeit einer globalen partizipatorischen Demokratie näher denn je. Open Source-Design, auf Copyleft bauende Kreativität und neue Technologien wie der 3D-Druck lassen eine Welt erahnen, in der die Knappheit vieler Güter überwindbar würde. Avancierte Methoden der Computersimulation könnten der Wirtschaftsplanung neue Perspektiven eröffnen und uns in die Lage versetzen, ökonomische Prozesse in einem bislang nicht gekannten Maß rational zu lenken. Die neueste Welle der Automation schafft die Möglichkeit, ganze Sparten öder und erniedrigender Arbeiten dauerhaft abzuschaffen. Auf erneuerbaren Energieträgern beruhende Technologien ermöglichen eine praktisch unbegrenzte und ökologisch nachhaltige Energieerzeugung. Und Neuerungen in der Medizin erlauben nicht nur ein längeres und gesünderes Leben, sondern eröffnen auch neue Möglichkeiten, mit Genderkategorien und sexuellen Identitäten zu experimentieren. Viele klassische linke Forderungen – die Forderung nach weniger Arbeit, das Streben danach, dem Mangel ein Ende zu setzen und gesellschaftlich nützliche Güter zu produzieren, und nicht zuletzt das Ziel, die Menschheit zu befreien – sind heute materiell viel eher erfüllbar als je zuvor in der Geschichte.

Und dennoch umgeben uns, trotz des makellos scheinenden Glanzes unseres Technologiezeitalters, weiterhin überkommene und antiquierte gesellschaftliche Verhältnisse. Noch immer arbeiten wir tagtäglich viele Stunden und pendeln weite Strecken, um Aufgaben zu erledigen, die wir zunehmend als sinnlos empfinden. Unsere Arbeitsplätze sind unsicherer geworden, unser Einkommen stagniert, während die Schulden uns erdrücken. Wir strampeln uns ab, um über die Runden zu kommen, Essen auf dem Tisch und Geld für die Miete oder Hypothek zu haben, und während wir von Job zu Job hetzen und kaum imstande sind, eine erschwingliche Kinderbetreuung aufzutun, denken wir nur noch wehmütig an so etwas wie

die Rente. Automatisierung bringt heute Arbeitslosigkeit und stagnierende Einkünfte zerstören die Mittelklasse, während Unternehmensgewinne neue Rekordhöhen erreichen. Der Vorschein einer besseren Zukunft kommt unter dem Druck zunehmend prekärer Verhältnisse und größerer Belastung unter die Räder und gerät in Vergessenheit. Tag für Tag der gleiche Trott: Wir stürzen uns in die Arbeit und sind dabei erschöpft, verunsichert, gestresst, entmutigt.

Im Weltmaßstab betrachtet, sehen die Dinge noch düsterer aus. Der globale Klimawandel geht unvermindert weiter, und inmitten der anhaltenden Wirtschaftskrise setzen Regierungen unbeirrt auf die lähmende Abwärts Spirale der Austeritätspolitik. Von kaum greifbaren, abstrakten Mächten bedrängt, fühlen wir uns außerstande, dem Mahlstrom ökonomischer, sozialer oder ökologischer Erschütterungen zu entgehen oder ihn gar zu kontrollieren. Doch wie ließe sich das ändern? Rund um uns scheinen die in den vergangenen hundert Jahren tonangebenden politischen Zusammenhänge, gesellschaftlichen Bewegungen und Strömungen nicht länger in der Lage, Transformationsprozesse und echte Veränderungen in Gang zu setzen. Stattdessen zwingen sie uns ständig zurück ins Hamsterrad unseres Elends. Der Verfall der repräsentativen Demokratie ist frappierend. Mitte-links-Parteien sind ausgelaugt und stehen ohne jegliche breitere Zustimmung aus der Bevölkerung da. Einzig ihre toten Hüllen taumeln weiter und bieten karrieristischen Ambitionen ein Vehikel. Radikale politische Bewegungen blühen vielversprechend auf, doch Erschöpfung und Repression nehmen ihnen alsbald den Atem. Die Gewerkschaften haben erleben müssen, wie ihre Macht systematisch demontiert wurde, und die verbliebenen sklerotischen Strukturen bringen kaum mehr als eine schwache Gegenwehr zustande. Doch ungeachtet dieses ganzen Dilemmas mangelt es politisch heute hartnäckig an neuen

Ideen. Seit Jahrzehnten herrscht der Neoliberalismus, und die Sozialdemokratie existiert im Wesentlichen nur noch als Objekt nostalgischer Anwendungen. Während die Krisen heftiger werden und immer mehr Fahrt aufnehmen, welkt Politik dahin und zieht sich zurück. Die Paralyse der politischen Vorstellungskraft geht einher mit einer Aufkündigung der Zukunft.²

Dieses Buch handelt davon, wie wir an diesen Punkt gelangten und wohin es demnächst gehen könnte. Betrachten wir, was wir »Folk-Politik« nennen, lässt sich sagen, wie und warum uns die Fähigkeit abhanden kam, uns eine bessere Zukunft zu bauen. Unter der Dominanz eines folkloristisch-politischen Denkens führte der jüngste Zyklus von Kämpfen – in der globalisierungskritischen ebenso wie in der Antikriegsbewegung oder bei Occupy Wall Street – zu einer Fetischisierung lokaler Räume, der Unmittelbarkeit und des Ephemeren sowie zu allen möglichen Partikularismen. Statt die Mühe auf sich zu nehmen, einmal Erreichtes zu konsolidieren und weiter zu entwickeln, zielte diese Art der Politik darauf ab, sich gegen die Zumutungen des globalen Neoliberalismus Zufluchtsorte einzurichten.

So blieb sie eine Politik, die defensiv orientiert und außerstande war, eine neue Welt zu entwerfen oder gar an ihr zu bauen. Für Bewegungen, die darum kämpfen, dem Neoliberalismus zu entkommen und etwas Besseres zu schaffen, ist eine solche Folk-Politik zu wenig. Das vorliegende Buch umreißt daher eine andere Art Politik, eine, der es darum geht, die Zukunft selbst in die Hand zu nehmen und den Wunsch nach einer Welt zu fördern, die moderner ist, als der Kapitalismus erlaubt. Die den technologischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts inhärenten utopischen Potentiale dürfen nicht an das unter dem Kapitalismus Vorstellbare gefesselt bleiben; eine ambitionierte linke Alternative muss sie befreien. Der Neoliberalismus ist gescheitert, der sozialdemokratische

Weg unmöglich, nur mit einer ganz anderen Sicht der Dinge lassen sich allgemeiner Wohlstand und umfassende Emanzipation gewinnen. Eine solche bessere Welt zu entwerfen und zu schaffen, ist die grundlegende Aufgabe der Linken heute.

Kapitel 1

Unser politischer Common Sense: Folk-Politik

Nun waren wir am Zug, und wir standen einfach nur da und warteten darauf, dass etwas geschieht, ganz wie aufrechte Kriegsdienstverweigerer, die darauf warten, für einen rein symbolischen Akt bestraft zu werden.

Dave Mitchell

Selbst mit größten Anstrengungen lassen sich heute, wie es scheint, nur kleinste Veränderungen erreichen. Millionen demonstrieren gegen den Irakkrieg, doch der geht weiter wie geplant. Hunderttausende vereint der Protest gegen die Austeritätspolitik, doch beispiellose Sparpläne werden unbeirrt umgesetzt. Immer wieder richten sich Streiks, Besetzungen und militante Aktionen an den Unis gegen steigende Studiengebühren, und dennoch werden letztere unerbittlich weiter erhöht. Weltweit kommen Menschen in Protestcamps zusammen und prangern die ökonomische Ungleichheit an, doch die Kluft zwischen Arm und Reich wächst weiter. Es ist ein durchgängiges Muster, und es durchzieht die Kämpfe der globalisierungskritischen Bewegungen der späten 1990er Jahre, die Antikriegsbündnisse und den Umweltaktivismus zu Be-

ginn des 21. Jahrhunderts oder auch die neuen studentischen Bewegungen und Occupy seit 2008: Der Widerstand wächst schnell an, die Auseinandersetzungen mobilisieren Menschen in großer Zahl, doch schon bald verebben die Kämpfe, und an ihre Stelle tritt ein ums andere Mal ein Gefühl der Bedeutungslosigkeit, der Melancholie und Niedergeschlagenheit. Auch wenn sich Millionen Menschen eine bessere Welt wünschen, bleibt die politische Wirkung dieser Bewegungen gering.

BEI DEN PROTESTEN PASSIERT ETWAS MERKWÜRDIGES

Scheitern zieht sich durch die Zyklen sozialer Kämpfe, und entsprechend wirken viele linke Taktiken heute wie Rituale, die eine ordentliche Portion Fatalismus mit sich tragen. Die vorherrschenden Aktionsformen – Protestkundgebungen, Demonstrationen, Besetzungen und verschiedene Arten direkter Konfrontation – sind Teil eines etablierten Narrativs geworden, in dem Protestierende und Ordnungskräfte jeweils vorgegebene Rollen spielen. Die Grenzen eines solchen Agierens werden besonders in jenen kurzen Momenten sichtbar, in denen vom Drehbuch abgewichen wird. Ein Aktivist der Proteste gegen den Amerikagipfel in Québec im Jahr 2001 beschreibt es so:

Am 20. April, dem ersten Tag der Demonstrationen, waren wir zu Tausenden auf der Straße und näherten uns dem Zaun, in dessen Schutz sich 34 Regierungschefs versammelt hatten, um ein Handelsabkommen für die gesamte Hemisphäre festzuklopfen. Während ein Katapult Teddybären über die Absperrungen schleuderte, durchtrennten schwarz gekleidete Aktivistinnen und Aktivisten die Halterungen des Zauns kurzerhand

mit Bolzenschneidern und rissen ihn, von den Umstehenden angefeuert, mit Enterhaken nieder. Für einen kurzen Augenblick lag das Tagungszentrum unmittelbar vor uns. Wir kletterten oben auf die eingerissenen Absperrungen, doch für die meisten war es das dann auch, als hätten wir die ganze Zeit nichts anderes im Sinn gehabt, als das vom Staat aus Maschendraht und Beton errichtete Hindernis durch ein von uns selbst geschaffenes aus menschlichen Körpern zu ersetzen.¹

Deutlich in dieser Beschreibung wird der gleichermaßen symbolische und ritualisierte Charakter der Aktionen, ebenso die spürbare Erregung, *überhaupt etwas* getan zu haben – doch zugleich die schwere Verunsicherung, die sofort entsteht, sobald das erwartete Narrativ gestört ist. Die auf die Rolle aufrechter Protestierender fixierten Aktivisten hatten keine Ahnung, was sie tun sollten, als die Absperrungen fielen. Spektakuläre Massenproteste wie die Demonstrationen der Stop the War Coalition, die inzwischen wohlbekanntesten Zusammenstöße bei Gipfeltreffen der G20 oder der World Trade Organization und auch die mitreißenden Demokratieinszenierungen von Occupy Wall Street erwecken den Anschein größter Wichtigkeit, als ginge es tatsächlich um etwas.² Doch verändert hat sich nichts, und statt langfristige Ziele zu verfolgen wird lediglich die eigene Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht.

Für Außenstehende ist häufig nicht recht klar, was die Bewegungen eigentlich antreibt, abgesehen von einem pauschalen Unmut über den Zustand der Welt. In den Protesten heute findet sich eine wüste Melange vielfältiger Anliegen. So reichte die Spanne der Themen bei den Demonstrationen und Aktionen gegen den G20-Gipfel in London im Jahr 2009 von vollmundigen antikapitalistischen Ankündigungen bis zu eher moderaten, auf lokaler Ebene angesiedelten Dingen. Lassen sich Forderungen

ausmachen, findet sich darin in der Regel kaum wirklich Substantielles formuliert. Häufig sind es nichts weiter als hohle Slogans – so aussagekräftig wie ein Aufruf zum Weltfrieden. In jüngster Zeit wurde sogar in Zweifel gezogen, ob überhaupt Forderungen gestellt werden sollten. Bekannt sind die unrühmlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Occupy-Bewegung um die Formulierung eindeutiger Ziele, denn man befürchtete, allzu konkrete Anliegen würden die Bewegung spalten.³ Und auch eine ganze Reihe studentischer Proteste in vielen westlichen Ländern griff das Mantra »Keine Forderungen« auf, in dem Irrglauben, nichts zu fordern sei ein radikaler Akt.⁴

Danach gefragt, wohin derartige Aktionen denn letzten Endes führten, reichen die Antworten bei den Beteiligten vom Eingeständnis eines allgemeinen Gefühls der Sinnlosigkeit bis zum Verweis auf die eigene Radikalisierung. Doch auch wenn wir die verschiedenen Proteste heute als Akte öffentlicher Bewusstseinsbildung ansehen, scheint ihr Erfolg bestenfalls mittelprächtigt. Die Botschaften werden von verständnislosen Medien entstellt, die sich an Bildern des Vandalismus ergötzen – vorausgesetzt, die Medien zeigen überhaupt Interesse an Konflikten, die in ihren immer gleichen Formen zunehmend langweilig geworden sind. Bisweilen lautet ein Vorwurf, solchen Bewegungen, Protesten und Besetzungen ginge es gar nicht um bestimmte Ziele, sondern sie existierten tatsächlich vor allem um ihrer selbst willen.⁵ Demzufolge wären die Beteiligten in erster Linie darauf aus, sich selbst zu verändern und sich Räume jenseits der überkommenen Machtverhältnisse zu schaffen. Dies mag zutreffen, doch wichtiger scheint, dass Aktionsformen wie beispielsweise Protestcamps im Großen und Ganzen nur Strohfeuer mit geringer Reichweite bleiben und letztlich nicht imstande sind, grundlegende Strukturen der neoliberalen Ökonomie infrage zu stellen. Politik verwandelt sich hier zum Zeitvertreib – Politik als Drogenerfahrung – und ist je-

denfalls ungeeignet, die Gesellschaft insgesamt zu verändern. Solche Proteste bleiben lediglich den Beteiligten in Erinnerung, der Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse misslingt ihnen. Gewiss, bis zu einem gewissen Grad sind Radikalisierung und Bewusstseinsbildung wichtig, doch bleibt die Frage, wann sich solche Arbeit denn endlich auszahlt. Gibt es den Punkt, an dem die Bewusstwerdung eine kritische Masse erreicht, die zum Handeln bereit ist? Protest schafft Verbindungen, bestärkt die Hoffnung und erinnert Menschen daran, wozu sie imstande sind. Doch jenseits solch vergänglicher Regungen verlangt Politik, die eigene Macht auch auszuüben, damit die affektiven Bindungen sich nicht verzehren. Und wenn wir jetzt, angesichts einer der größten Krisen des Kapitalismus, nicht handeln, wann dann?

Die affektive Dimension des Protests hervorzuheben verweist auf einen allgemeineren Trend, den Schauplatz wirklicher Politik im Affektiven zu suchen. Der Verweis auf Intuitionen, Emotionen und körperliche Nähe tritt dabei tendenziell an die Stelle einer eher theoretischen und analytischen Betrachtungsweise und erschwert sie, statt sie weiterzudenken und perspektivisch zu ergänzen. In den sogenannten Social Media beispielsweise verdichten sich heute Empörung und Zorn zu einem endlosen Schwall verbitterter Enttäuschung. Angesichts des dort vorherrschenden Individualismus – zu dessen Grundlagen die Konstruktion einer Online-Identität gehört – mag es vielleicht nicht überraschen, dass die im Netz betriebene »Politik« dazu neigt, sich als moralisch überlegen zu präsentieren. Einer solchen Selbstdarstellung ist es wichtiger, im Recht zu erscheinen, als über die Voraussetzungen politischer Veränderungen nachzudenken. Doch vergeht die alltägliche Empörung ebenso schnell, wie sie kommt, und bevor wir uns versehen, befinden wir uns schon auf dem nächsten galligen Feldzug. Auch auf anderen Gebieten ersetzt etwa ein öffentlich zur Schau ge-

stelltes Mitleid mit Menschen in Not die kritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen und führt nicht selten zu überstürzten und bisweilen verfehlten Aktionen – oder auch zu überhaupt nichts. Zweifellos spielen in der Politik Emotionen und Empfindungen – Hoffnung ebenso wie Zorn, Ängste ebenso wie Empörung – immer eine Rolle, doch sobald sich politisches Handeln im Wesentlichen durch solche Antriebe leiten lässt, kommt es mitunter zu äußerst fragwürdigen Resultaten. Ein berühmtes Beispiel hierfür sind die Live Aid-Konzerte im Jahr 1985, bei denen herzerreißende Bilder aus Äthiopien in Kombination mit emotional hoch aufgeladenen Auftritten international bekannter Pop-Größen dafür sorgten, enorme Geldsummen zur Bekämpfung des Hungers einzuspielen. Angesichts der Notsituation schien es vorrangig, unmittelbar zu handeln, das Nachdenken blieb dabei auf der Strecke. Letzten Endes nämlich dürften die Live Aid-Spenden den Bürgerkrieg, der für die Hungersnot in Äthiopien verantwortlich war, verlängert haben, weil die Rebellenmilizen die Gelder der Nahrungsmittelhilfe in die eigenen Taschen umlenkten.⁶ Während das Publikum zuhause erleichtert glauben wollte, zumindest überhaupt etwas getan zu haben, zeigt sich bei nüchterner Betrachtung, dass die Hilfskampagne Teil des Problems wurde. Solche unbeabsichtigten Folgen häufen sich, je größer und komplexer die anvisierten Ziele werden. Bleibt politisches Agieren ohne Leidenschaft kaltherzig, bürokratisch und technokratisch, so droht unhinterfragtes Vertrauen auf Emotionen zu einem libidinös gesteuerten Surrogat tatsächlichen Handelns zu werden. In einer solchen »Politik« geht es mehr und mehr um persönliche Bestätigung, sie bemäntelt das Ausbleiben strategischer Erfolge.

Zwar gelingt politischen Bewegungen auch manchmal ein Durchbruch, doch die Niederlagen überwiegen, und das ist das wirklich Deprimierende. In Großbritannien etwa waren lokale Proteste gegen die Schließung kleine-

rer Krankenhäuser in vielen Fällen erfolgreich. Doch die Erfolge stehen in keinerlei Verhältnis zu den Plänen, die Leistungen des National Health Service zusammenzuziehen und zu privatisieren. Ein anderes Beispiel: In jüngster Zeit gelang es verschiedentlich einzelnen gegen Fracking aktiven Gruppen, Probebohrungen zu verhindern – gleichwohl halten die verantwortlichen staatlichen Stellen daran fest, Schiefergasvorkommen explorieren zu lassen, und unterstützen deshalb die in der Branche tätigen Unternehmen.⁷ In den USA wiederum waren es insbesondere Initiativen gegen eine Welle von Zwangsräumungen im Gefolge der Hypothekenkrise, die in den vergangenen Jahren des Öfteren erfolgreich waren und verhindern konnten, dass Menschen auf die Straße gesetzt wurden.⁸

Und dennoch: Die Verantwortlichen für das Subprime-Debakel machen weiterhin Kasse, Zwangsvollstreckungen sind landauf, landab an der Tagesordnung, und in den Metropolen steigen die Mieten unvermindert. Kleine Erfolge – die ohne Zweifel wichtig sind, nähren sie doch die Hoffnung – verblassen angesichts deprimierender Niederlagen, und ständige Fehlschläge bringen selbst im Grunde unerschütterliche Aktivisten ins Grübeln. Gut gemeinte Projekte wie die »Rolling Jubilee«-Kampagne sind bisweilen darum bemüht, den Bann des neoliberalen Common Sense zu durchbrechen.⁹ Doch hinter dem vordergründig radikalen Ziel, durch Crowdsourcing Geld zusammenzubekommen, um verschuldeten Menschen unter die Arme zu greifen, steht letztlich ein Glaube an Wohltätigkeit und Umverteilung, der die Legitimität von Schulden zu keinem Zeitpunkt in Frage stellt. So reiht sich diese Kampagne in eine Vielzahl von Initiativen ein, die nichts weiter sind als Reaktionen auf das Versagen staatlicher Institutionen in der Krise. Als bloße Überlebensstrategien eröffnen sie keine erstrebenswerten Zukunftsperspektiven.

Welches Fazit lässt sich aus all dem ziehen? Der jüngste Zyklus von Kämpfen und Auseinandersetzungen ist im Großen und Ganzen durch Scheitern bestimmt, trotz einer Vielzahl kleinerer Erfolge und auch ungeachtet einzelner Momente groß angelegter Mobilisierung. Die Frage, mit der sich die Analyse linker Politik heute auseinandersetzen muss, lautet daher schlicht: Was ist schief gelaufen? Verschärfte staatliche Repression und die zunehmende Macht großer Konzerne sind zweifellos Momente, die für die Schwächung der Linken nicht unerheblich waren. Doch lässt sich durchaus fragen, ob die behördliche Unterdrückung, die Prekarität der Massen oder die Macht der Kapitalisten wirklich stärker sind als Ende des 19. Jahrhunderts. Damals mussten die Arbeiter noch um grundlegende Rechte kämpfen, und das häufig gegen eine Staatsmacht, die keine Skrupel kannte, Proteste blutig niederzuschlagen.¹⁰ In jenen Jahren kam es häufig zu Massenauseinandersetzungen, Generalstreiks und andere Aktionen militanter Gewerkschaften oder der radikalen Frauenbewegung waren an der Tagesordnung, und sie konnten tatsächlich nachhaltige Erfolge erringen; die Gegenwart hingegen ist gekennzeichnet durch deren Ausbleiben. Die Schwäche der Linken in jüngster Zeit geht nicht einfach aufs Konto zunehmender Repression durch Staat und Kapital: Ehrlicherweise muss man anerkennen, dass die Probleme ebenso in der Linken selbst zu finden sind. Und ein Hauptproblem ist eine weithin akzeptierte und unkritische Vorstellung von Politik, die wir »folkloristisch« nennen.